



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

POLNISCHE ENERGIEPOLITIK

- ANALYSE
Mit Sicherheit – Polens Energiepolitik zwischen europäischer Solidarität
und russischer Abhängigkeit 2
Kai-Olaf Lang, Berlin
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Polnischer Erdgasbedarf 7
Struktur des Primärenergieverbrauchs der EU 25 und Polens im Jahr 2004 8
Erdöl- und Erdgaspipelines in Europa (Karten) 9
- STATISTIK
Nettoeinfuhren und Verbrauch von Energie in der EU 25 11
Energieproduktion nach Hauptprodukt der EU 25 12
- UMFRAGE
Umfragen zur Atomkraft 13

- CHRONIK
Vom 21. November bis zum 4. Dezember 2006 13

- LESEHINWEIS
Aufsätze mit Bezug zu Polen in der aktuellen Nummer der Zeitschrift Osteuropa 15

Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Mit Sicherheit – Polens Energiepolitik zwischen europäischer Solidarität und russischer Abhängigkeit

Kai-Olaf Lang, Berlin

Zusammenfassung

Energiepolitik und energiewirtschaftliche Fragen gehören zu den Prioritäten der außen- und europapolitischen Agenda Polens. Das Land sieht sich in diesen Bereichen in einer Situation übermäßiger Abhängigkeit von Russland, die es zu vermindern sucht, um so das Risiko politischer Verwundbarkeit zu reduzieren. Hierbei werden unterschiedliche Strategien erwogen bzw. praktiziert, die mit den Schlagworten Diversifizierung, Transitland, Sicherung des Energiesektors vor Übernahmen, Flankierung außenpolitischer Ziele und Restrukturierung des Energiemix umschrieben werden können.

Polens energiepolitische Interessen machen sich auch im Verhalten des Landes in der Europäischen Union bemerkbar. Warschaws Globalforderung ist in diesem Zusammenhang der Ruf nach einer „solidarischen“ Energiepolitik. Mit großem Engagement begleitet Polen die Entwicklung einer europäischen Energieaußenpolitik bzw. der Akzentuierung energiewirtschaftlicher Aspekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Von großer Bedeutung für Polens Energiepolitik ist die Schaffung eines effizienten europäischen Energiemarkts.

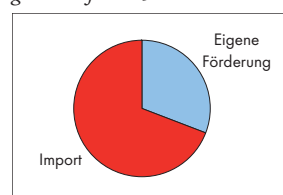
Die deutsch-polnischen Verstimmungen wegen des Baus einer Gaspipeline durch die Ostsee haben es gezeigt. Polens Versuch, Moskau durch die Blockade eines Verhandlungsmandats in Sachen EU-Russland-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zur Annahme der Energiecharta zu bewegen, hat es gezeigt. Und Polens beharrliches Drängen auf die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik der Europäischen Union hat es gezeigt: Für Polen gehören Energiepolitik und energiewirtschaftliche Fragen zu den Prioritäten der außen- und europapolitischen Zielehierarchie. Und: Polen definiert seine energiepolitischen Herausforderungen in einem stark sicherheitspolitisch motivierten Kontext, die Wahrung energiepolitischer Interessen ist Bestandteil der polnischen Staatsräson.

Am Tropf Russlands

Wie könnte es anders sein, als dass dem Faktor Russland hierbei eine zentrale Rolle zukommt. Denn Polen sieht sich in einer Situation übermäßiger energiewirtschaftlicher und somit auch energiepolitischer Abhängigkeit vom großen Nachbarn im Osten. Grund hierfür ist insbesondere der hohe Anteil russischer Lieferungen am polnischen Erdgas- und Ölverbrauch.

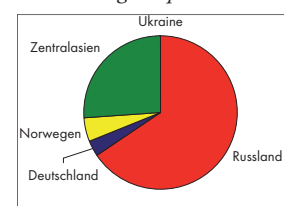
Zwar verfügt Polen über eigene Erdgasvorkommen, die gegenwärtig knapp ein Drittel des polnischen Verbrauchs abdecken, doch dominiert bei den Einfuhren weiterhin Gas

Herkunft des polnischen Erdgasbedarfs 2005



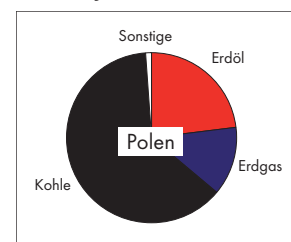
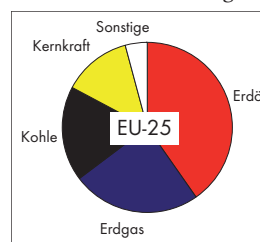
aus Russland (Tabelle 1 auf S. 7 und Tabelle 2 auf Seite 8). Durch einen bis 2022 gültigen Vertrag mit Gazprom werden momentan etwa zwei Drittel des Erdgasimports und gut 40% des Gesamtverbrauchs bestritten. Der Rest wird vorwiegend durch mittelfristige Abkommen geliefert, die mit der Firma RosUkrEnergio abgeschlossen wurden. Da RosUkrEnergio letztlich von Gazprom kontrolliert wird, ist es aus polnischer Sicht von untergeordneter Bedeutung, dass es sich bei dem gelieferten Brennstoff um Gas aus Zentralasien handelt. Geringere Mengen kommen aus Deutschland und bis Herbst 2006 aus Norwegen.

Zusammensetzung der polnischen Erdgasimporte 2005



Im europäischen Vergleich ist der polnische Erdgaskonsum eher gering; Der Pro-Kopf-Verbrauch liegt am unteren Ende der EU-Skala. Der Anteil von Gas am Primärenergieaufkommen ist äußerst niedrig (Tabelle 3 auf Seite 8). Die Erzeugung von Elektrizität und Wärme basiert vorwiegend auf Kohle. In Anbetracht dessen wird von einem stetigen Anstieg des Gasverbrauchs in den nächsten Jahren ausgegan-

Struktur des Primärenergieverbrauchs im Jahr 2004



gen, über dessen Dynamik allerdings keine Einigkeit besteht.

In Zahlenwerten stellt sich Polens Abhängigkeit von Russland beim Erdölkonsum drastischer dar als im Fall von Erdgas. Der bei knapp 20 Mio. t liegende Jahresbedarf der beiden polnischen Raffinerien PKN Orlen (Polski Koncern Naftowy Orlen, Polnischer Ölkonzern Orlen) und Rafineria Gdańska (Danziger Raffinerie) wird fast gänzlich durch Einfuhren aus Russland befriedigt. Doch obwohl Polens ölverarbeitender Sektor nominell ausschließlich auf russische Partner angewiesen ist, unterscheidet sich die Situation grundlegend von der im Bereich Gas. Dies hängt mit dem wesentlich elastischeren Ölmarkt und den technisch-infrastrukturellen Voraussetzungen zusammen, die nicht zuletzt in Notfällen ein rasches Umschalten auf alternative Lieferbeziehungen ermöglichen. So kann der mit einer Verlade- und Transportkapazität von über 30 Mio. t ausgestattete Danziger Ölterminal Naftoport bei Bedarf beide polnischen Raffinerien ausreichend versorgen. Ein Abzweig der Družba-Leitung (siehe Karte S. 10) von Płock (dem Sitz von PKN Orlen) nach Danzig (sog. Pommersche Pipeline) kann auch in umgekehrter Fließrichtung genutzt werden und somit PKN Orlen beliefern. Ausschlaggebend für das Ausmaß russischer Erdöleinfuhren ist nicht das Fehlen anderer Bezugsquellen, sondern das Preisniveau sowie die Ausrichtung der verarbeitenden Industrie auf die von Russland gelieferte Rohölsorte Urals.

Wege aus der Abhängigkeit

Polen ist bemüht, seine Situation energiewirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland zu überwinden, um so das Risiko politischer Verwundbarkeit zu reduzieren. Hierbei werden unterschiedliche Strategien erwogen bzw. praktiziert, die mit den Schlagworten Diversifizierung, Transitland, Sicherung des Energiesektors vor Übernahmen, Flankierung außenpolitischer Ziele und Restrukturierung des Energiemix umschrieben werden können.

Diversifizierung

Bereits in den 1990er Jahren debattierte man in Polen über die Notwendigkeit einer grundlegenden Diversifizierung beim Import von Energieträgern, wobei, wie erwähnt, die Problematik der Gaslieferungen im Vordergrund stand. Spätestens aber die russisch-belarussische Auseinandersetzung vom Februar 2004 sowie der russisch-ukrainische Gaskonflikt vom Winter 2005/2006 ließen die Suche nach alternativen Bezugsquellen zu einer Handlungspriorität der polnischen Energie-, Wirtschafts- und Europapolitik werden. Denn für Warschau war die Botschaft der

Energiezwistigkeiten in der östlichen Nachbarschaft eindeutig: Russland, so die polnische Lesart, betreibe Energieimperialismus. Die Ankündigung Moskaus, Energieträger und -konzerne als Instrument der russischen Außenpolitik zu verwenden, sei nun im postsowjetischen Raum in die Praxis umgesetzt worden. Ohne eine Befreiung von russischer Lieferdominanz könne aber auch Polen ein ähnliches Schicksal erleiden. Nach dem im Herbst 2005 erfolgten Regierungswechsel in Warschau bekam die polnische Diversifizierungsdiskussion einen zusätzlichen Impuls, da sich die siegreiche Partei „Recht und Gerechtigkeit“ („Prawo i Sprawiedliwość“ / PiS) eine entschlossene Politik der Energie- und Versorgungssicherheit auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Der mit Diversifizierungsfragen betraute Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Piotr Naimski benannte dabei die konkreten mittelfristigen Ziele: Bis 2010 soll ein Drittel der Gaseinfuhren aus Russland kommen, ein Drittel möchte man aus eigenen Vorräten befriedigen und ein Drittel will man aus anderen Quellen (vor allem aus Norwegen sowie Flüssiggas) versorgen.

Transitland

Polen ist daran interessiert, seine Position als Transitland für russisches Öl und Gas zu sichern und auszubauen.

„Weniger Dependenz durch mehr Interdependenz“, so könnte Polens Devise beschrieben werden. Polens Funktion für die Weiterleitung russischer Energieträger wird durch zwei Transitmagistralen wahrgenommen. So führt der Nordarm der Družba-Erdölpipeline über polnisches Territorium. Durch die Družba wurden 2005 gut 50 Mio. t Erdöl verfrachtet, wovon etwa die Hälfte nach Deutschland gelangt. Der Rest wird von polnischen Raffinerien verarbeitet oder über den Terminal Danziger Naftoport exportiert. Einstweilen gibt es keine Anzeichen dafür, dass dieser Transportweg in Frage gestellt würde. Größte Herausforderung ist vielmehr die Sicherung ausreichender Investitionen für die Erweiterung der Durchsatzkapazität bzw. die Erneuerung der ersten der bislang bestehenden beiden Röhren.

Beim Transit von Gas ist Polen durch die 1999 fertiggestellte sog. Jamal-Pipeline, die über Russland, Belarus und Polen nach Westen führt (siehe Karte S. 9), zu einem wichtigen Element beim Export aus Russland aufgestiegen. Durch die Jamal-Pipeline, die bislang einzige Gastransportarterie von Russland nach Westeuropa, die nicht über das Gebiet der Ukraine läuft, können nach der Anfang 2006 erfolgten Inbetriebnahme der letzten von fünf Kompressorstationen bis zu 35 Mrd. m³ Gas ge-

leitet werden (mehr als drei Milliarden können für den polnischen Verbrauch entnommen werden). Dies entspricht etwa einem Fünftel der aus Russland nach Westeuropa verfrachteten Erdgasmenge. Um – wie zunächst von Polen und Russland geplant – ab 2010 jährlich bis zu 65,7 Mrd. m³ Gas transportieren zu können, war mit der russischen Seite ursprünglich der Bau einer zweiten Leitung der Jamal-Pipeline vorgesehen worden. Und genau hier liegt die Brisanz der Ostseepipeline. Nach der Entscheidung für den Bau dieser Leitung sind nämlich die Gespräche über die Jamal-II-Leitung zum Erliegen gekommen. Für Polen birgt also die deutsch-russische Ostseemagistrale mindestens zwei Risiken:

- Es entsteht eine Nordumgehung, die Polen als Transitland schwächt, insbesondere dann, wenn in Zukunft eine „Doppelarterie“ durch die Ostsee gelegt würde. Denn die substantielle Ausweitung der Durchsatzkapazität brächte für Polen die Gefahr mit sich, dass der westeuropäische Markt irgendwann ohne Rekurs auf die schon bestehende Jamal-Leitung beliefert werden könnte.
- Noch sensibler ist der Sachverhalt, dass Polen durch einen substantiellen Bypass gleichsam „am Ende der Leitung“ sitzen würde: Die Furcht Warschaws besteht darin, dass im schlechtesten Fall Russland Polen gegenüber den Hahn zu drehen könnte, ohne dass dies Auswirkungen auf Westeuropa hätte.

Dass Polen die von deutscher Seite unterbreitete Offerte einer Stichleitung an die Ostseeleitung (bislang) nicht annimmt, hat zum einen damit zu tun, dass man sich nicht an einem Projekt (und evtl. dessen Finanzierung) beteiligen möchte, das man nicht will. Zum anderen fürchtet man, dass hierunter die eigenen Diversifizierungspläne leiden könnten, da durch eine Verbindungspipeline zusätzliches russisches Gas nach Polen importiert würde.

Sicherung des Energiesektors

Bei der Umstrukturierung des Energiesektors will Polen das Risiko eines Einstiegs russischer Akteure minimieren. Um den Investitionsgelüsten von Firmen aus dem Osten zu begegnen, wird einerseits versucht, den Einfluss des polnischen Staats in der Eigentumsstruktur „strategischer“ Unternehmen aufrechtzuerhalten, andererseits setzt man auf eine offensive Expansionsstrategie. Letzteren Weg beschreitet der Konzern PKN Orlen, der nach der Übernahme der tschechischen petrochemischen Holding Unipetrol im Frühjahr 2006 bei der Privatisierung der litauischen Großraffinerie Mažeikiu Nafta zum Zug kam (die Transaktion soll Ende des Jahres for-

malisiert werden). Ziel ist es, einen robusten mitteleuropäischen Konzern zu schaffen, der – eventuell in Zusammenarbeit mit der ungarischen MOL (Magyar Olaj, Ungarischer Ölkonzern) oder der österreichischen OMV (Österreichischer Mineralölverbund) – unerwünschten Übernahmeversuchen Paroli bieten könnte.

Gerade das Beispiel Mažeikiu zeigt indes die Grenzen dieser Ambitionen. Die auf russische Lieferungen angewiesene Raffinerie kam in arge Versorgungsengpässe, als nach einem kontrovers interpretierten Brand in einer Zulieferleitung russischerseits erklärt wurde, die Reparatur der betroffenen Pipeline könne zumindest auf absehbare Zeit nicht bewerkstelligt werden. Nur um den Preis teurer Alternativlieferungen konnte die Ölverarbeitung fortgesetzt werden. Wollen polnische Energiekonzerne tatsächlich zu starken und von Russland unabhängigen Akteuren avancieren (was mit Blick auf deren relativ begrenzte Kapitalausstattung ohnehin schwierig wird), müssen sie rasch unmittelbaren Zugang zu Öl- und Gasvorkommen erlangen, also sich am Wettlauf um Investitionen in attraktiven Fördergebieten beteiligen.

Flankierung außen- und ostpolitischer Ziele durch Energiepolitik

Dieses Kalkül wird insbesondere mit Blick auf die Ukraine sichtbar. Bereits vor einigen Jahren hatte Polen sich gegen das Ansinnen Gazproms und einiger westeuropäischer Firmen gesperrt, eine Umgehungsleitung um die Ukraine herum zu bauen (sie hätte über Belarus und Polen in die Slowakei geführt): Warschau wollte sich nicht an einem Vorhaben beteiligen, das die Ukraine geschwächt hätte. Polnische Kritiker räumen ein, dieses Verhalten habe dazu beigetragen, dass Gazprom aktiv nach anderen Transitrouten Ausschau hielt – und sei somit ein Auslöser für die Ostseepipeline gewesen.

Während dieses Thema der Vergangenheit gehört, befindet sich ein anderes seit langem diskutiertes Projekt weiterhin auf der Agenda der polnischen Energiepolitik: Die Ölpipeline Odessa-Brody-Łódź. Hierbei geht es um den Bau eines Transportkorridors, durch den Erdöl aus dem kaspischen Raum über das Schwarze Meer und die Ukraine nach Westen gelangen könnte. Die bereits bestehende Leitung verläuft vom Schwarzmeerhafen Odessa bis ins westukrainische Brody, wo sie auf den südlichen Zweig der Družba-Pipeline trifft. Geplant wird der Bau einer Verbindung nach Łódź, wo sich nicht nur PKN Orlen befindet, sondern auch die Nordtrasse des Družba-Systems, so dass von dort aus Öl nach Danzig oder Deutschland

transportiert werden könnte.

Für Polen ist die Leitung „Odessa-Brody-Plock“ vornehmlich aus drei Gründen interessant:

- Polen könnte seinen Status als Transitland verbessern. Von Plock aus könnte das aus dem kaspischen Raum stammende Öl nach Deutschland (Wilhelmshaven und von da u.a. in die USA) oder nach Danzig gelangen, von wo es nach Skandinavien verschifft würde.
- Der Anschluss an die Odessa-Brody-Leitung würde zur Diversifizierung der polnischen Öleinfuhren beitragen. Polen könnte kaspisches Öl importieren, das möglicherweise nicht über russisches Territorium nach Westen gelangt.
- Vor allem würde Polen die Ukraine politisch und wirtschaftlich stärken, da das Land ein strategisches Infrastrukturprojekt weitgehend autonom realisieren könnte, in den Genuss von Transitgebühren käme und seine Abhängigkeit von Russland bei Lieferungen von Energieträgern reduzieren würde.

Aus diesen Gründen wurde die Schaffung des Zwischenstücks Brody-Plock in der Vergangenheit von allen polnischen Regierungen unterstützt und auch ein polnisch-ukrainisches Joint Venture namens Sarmatia gegründet, das das Vorhaben voranbringen soll. Zudem hat auch die Brüsseler Kommission eine Machbarkeitsstudie finanziert, doch die Umsetzung des Projekts verläuft schleppend. So gibt es in Polen Zweifel an der Rentabilität einer solchen auf eine halbe Milliarde Euro veranschlagten Investition. Wer wären die Abnehmer? Und wo soll das Öl konkret herkommen? Sind Verträge mit Produzenten aus der Region gegen Russlands Willen möglich?

Da die Ukraine ihren Leitungsabschnitt nicht leer stehen lassen wollte, fließt gegenwärtig nicht kaspisches Öl von Odessa nach Brody, sondern russisches Öl in die entgegengesetzte Richtung. Dennoch wollen beide Seiten an dem Vorhaben festhalten, was nicht zuletzt Polens Premier Jarosław Kaczyński und der ukrainische Ministerpräsident Viktor Janukowitsch im Herbst 2006 abermals bestätigt haben. Ein erster Schritt soll die Nutzung der Südroute der Družba sein: Von Brody könnte Öl ins tschechische Kralupy geleitet werden. Die dortige Raffinerie wird von PKN Orlen (via Unipetrol) kontrolliert.

Restrukturierung des Energiemix

Gas und Öl sind aus polnischer Sicht die „Medien“, über die energiewirtschaftliche und -politische Abhängigkeit gegenüber Russland entsteht. Wird der gesamte Energieverbrauch des Landes betrachtet, ergeben sich für Polen drei Möglichkeiten, um die Relevanz dieser beiden Energieträger zu verändern.

- *Kernenergie.* Spätestens nachdem Jarosław Kaczyński in seiner Regierungserklärung die Nutzung von Atomkraft erwähnte, scheint Kernenergie für Polen eine Option zu sein. Schon zuvor hatte das Grundlagendokument „Energiepolitik Polens bis zum Jahr 2025“ Atomkraft als Variante bei der Diversifizierung des Primärenergiespektrums mit einem Zeithorizont ab 2020 ins Spiel gebracht. Dies muss indes nicht die Erstellung eines Kernkraftwerks auf polnischem Territorium bedeuten. Möglicherweise „externalisiert“ Polen seine Atompläne. So wird über die Beteiligung an Bau und Nutzung eines Kernkraftwerks in Litauen (das bis 2019 einen Ersatz für das spätestens 2009 stillzulegende Kraftwerk Ignalina errichten will) nachgedacht. Staatspräsident Lech Kaczyński erklärte im November 2006, sein Land wolle sich an einem solchen Vorhaben als Investor und Miteigentümer beteiligen. Eine neue „Energiebrücke“, die Überlandleitungen zwischen Polen und Litauen verbinden soll, könnte in Zukunft auch zum Import von Strom aus Litauen genutzt werden. Eine anderes Betätigungsfeld für polnische Investoren wären Atomkraftwerke in der Ukraine.
- *Kohle.* Polen verfügt über ergiebige Kohlevorkommen. Eine intensiviertere Nutzung von Braun- und Steinkohle würde allerdings mit Polens Klimaschutzverpflichtungen kollidieren. Kohle wird daher für Polen vor allem dann eine alt-neue Alternative im Energiemix werden, wenn (ökologisch umstrittene) Clean-Coal-Techniken zum Einsatz kämen. Unabhängig davon wären Investitionen in die bestehenden bzw. zur Erschließung neuer Bergwerke nötig, da sich die Vorräte der gegenwärtig betriebenen Gruben in 15 Jahren erschöpfen.
- *Erneuerbare Energien.* Angesichts des geringen Anteils erneuerbarer Energien bestehen diesbezüglich beachtliche Reserven bei der polnischen Gesamtenergieproduktion. Hierfür unterstützt die Regierung die Generierung von Biomasse- und Windenergie. Allerdings wird es äußerst schwierig, das mit der EU vereinbarte Ziel zu erreichen, welches vorsieht, bis 2010 rund 7,5 % der polnischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

Polens Energiepolitik in der EU

Polens energiepolitische Interessen machen sich auch im Verhalten des Landes in der Europäischen Union bemerkbar. Warschaws Globalforderung ist in diesem Zusammenhang der Ruf nach einer „solidari-

schen“ Energiepolitik. Eine Manifestation dessen war der Vorschlag eines an die Infrastruktur- und Energiepolitik der EU angebandenen „Musketier-Pakts“. Die von der polnischen Regierung Anfang 2006 in Form eines 11-Punkte-Papiers lancierte Idee eines „Europäischen Pakts der Energiesicherheit“ beinhaltete als Kernelement eine Verpflichtung, sich gegenseitig „jegliche mögliche Form der Unterstützung außer militärischer“ zu leisten, sofern ein oder mehrere Mitgliedsländer eines solchen Vertragssystems in ihrer Energiesicherheit bedroht wären. Die Initiative versandete allerdings bald, nicht zuletzt deswegen, weil es Warschau letztlich um eine „Energie-NATO“ mit gegenseitigen Beistandsgarantien mit Stoßrichtung Russland ging, während andere EU-Mitglieder einen Mechanismus der kooperativen Energiesicherheit unter Einbeziehung des großen Partners im Osten wollten.

Mit konstruktivem Engagement begleitet Polen die Entwicklung einer europäischen Energieaußenpolitik bzw. der Akzentuierung energiewirtschaftlicher Aspekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik. So sind aus Warschauer Sicht in der im Herbst 2006 vorgenommenen Beurteilung des EU-Ukraine *Memorandum of Understanding* zur Energiezusammenarbeit zahlreiche Positiva enthalten (nicht zuletzt ein Bekenntnis zur Odessa-Brody-Pipeline). Ebenso ist Warschau an einer Einbindung der Ukraine in die Europäische Energiegemeinschaft interessiert, die eine Übernahme der energiebezogenen Teile des *Acquis Communautaire* beinhalten würde.

Weithin übersehen, doch für Polens Energiepolitik von immenser Bedeutung, ist Polens Haltung ge-

genüber der Schaffung eines – vom Grünbuch der Kommission zur Energiepolitik avisierten – effizienten, europäischen Energiemarkts. Auch hier ist unverkennbar, dass Polen Aspekte der Energiesicherheit oft höher gewichtet als Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachhaltigkeit. Charakteristisch ist etwa Polens Zurückhaltung bei der Öffnung des Gasmarktes. Warschau sieht zwar die Chancen eines solchen Schritts, folgt aber dem Leitprinzip: erst diversifizieren, dann liberalisieren. Befürchtet wird nämlich, man würde bei einer Öffnung des heimischen Marktes ohne vorhergehende Pluralisierung der Bezugsquellen auf eine Monopolisierung durch äußere Lieferanten zusteuern.

Nicht zuletzt gibt es auch defensive Reaktionsmuster. Polen hatte spätestens seit Herbst 2006 deutlich gemacht, dass es seine Zustimmung zur Eröffnung von Verhandlungen mit Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen an Russlands Ja zur Energiecharta knüpfen würde. Dass man dann tatsächlich ein Veto einlegte, war für viele Partner Polens eine Überraschung und – zu Recht oder nicht – ein Beleg des schon traditionellen Images von Polen als Störellement in der Kooperation zwischen der EU und Russland.

Ob Polen gerade mit letzterer Strategie Erfolg haben wird, ist fraglich. Solidarität – auch energiepolitische – lässt sich nicht erzwingen. Versucht Polen seine Interessen mit der Brechstange durchzusetzen, wird dies letztlich eher kontraproduktiv sein und Ansätze zu einer gemeinsamen Strategie und Praxis der europäischen Energiepolitik unterminieren.

Über den Autor

Kai-Olaf Lang (Jg. 1967) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, wo er der Forschungsgruppe EU-Integration angehört. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Erweiterungsprozess der Europäischen Union und ausgewählte Aspekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie die Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der Länder Ostmitteleuropas.

Lesetipp

Einen weiteren Aufsatz des Autors zur polnischen Energiepolitik finden Sie unter dem Titel „Zwischen Sicherheitspolitik und Ökonomie. Polens Energiewirtschaft im Spannungsfeld“ in der Zeitschrift *Osteuropa*, 9–10/2004, S. 203–222.

Tabellen und Grafiken zum Text

Polnischer Erdgasbedarf

Grafik 1: Herkunft des polnischen Erdgasbedarfs (Mio. m³)

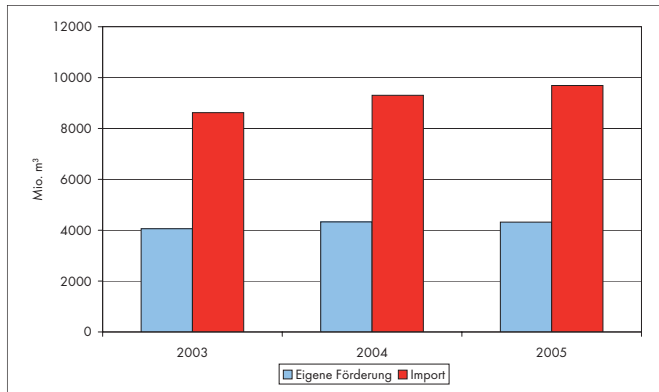


Tabelle 1: Herkunft des polnischen Erdgasbedarfs (Mio. m³)

Quelle, Herkunft	2005	2004	2003
Eigene Förderung	4318,1	4326,7	4058,5
Import:	9690,6	9304	8622,7
<i>Russland</i>	6340,3	5757,6	6754,9
<i>Deutschland</i>	330,6	386,2	417,6
<i>Norwegen</i>	485,1	480	487,5
<i>Tschechien</i>	0,3	0,3	0,3
<i>Zentralasien</i>	2533,1	2679,9	962,4
<i>Ukraine</i>	1,2		

Der Gesamtbedarf liegt höher als der Verbrauch bzw. die tatsächlich verkaufte Menge, da Gas zu Transportzwecken auch in den Leitungssystemen vorgehalten werden muss. Der polnische Jahresverbrauch für 2005 wird auf etwa 13,5 Mrd. m³ veranschlagt.

Quelle: PGNiG, Raport Roczny [Jahresbericht] 2004 http://www.pgnig.pl/download.php?f=presspack/PGNiG_Raport_roczny_2004.pdf, S. 25; PGNiG, Raport Roczny 2005 http://www.pgnig.pl/download.php?f=raport_roczny_PGNiG_2005.pdf, S. 36. [PGNiG S.A. = Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna (Polnische Erdölförderung und Gaswirtschaft AG)]

Grafik 2: Prozentuale Zusammensetzung der polnischen Erdgasimporte

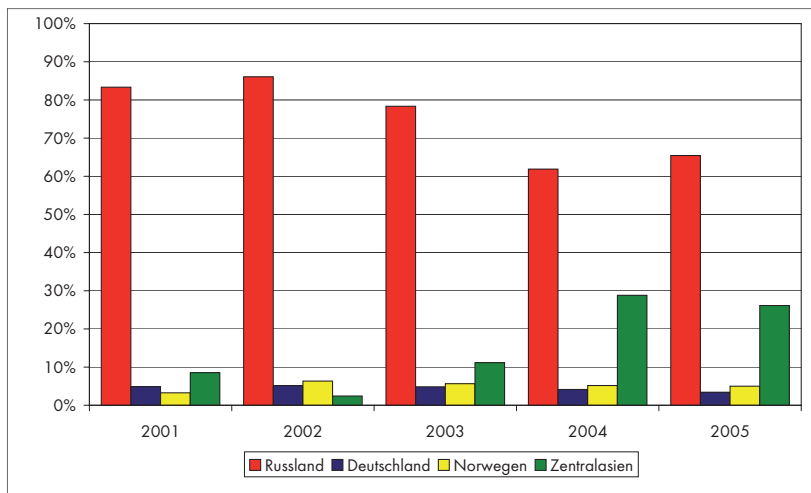


Tabelle 2: Prozentuale Zusammensetzung der polnischen Erdgasimporte

Quelle, Herkunft	2005	2004	2003	2002	2001
Russland	65,43%	61,89%	78,34%	86,08%	83,35%
Deutschland	3,41%	4,14%	4,84%	5,17%	4,86%
Norwegen	5%	5,16%	5,65%	6,33%	3,26%
Zentralasien	26,14%	28,81%	11,16%	2,42%	8,53%
Ukraine	0,01%				

Quelle: PGNiG, Raport Roczny [Jahresbericht] 2004 http://www.pgnig.pl/download.php?f=presspack/PGNiG_Raport_roczny_2004.pdf S. 25; PGNiG, Raport Roczny 2005 http://www.pgnig.pl/download.php?f=raport_roczny_PGNiG_2005.pdf S. 36. [PGNiG S.A. = Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna (Polnische Erdölförderung und Gaswirtschaft AG)]

Struktur des Primärenergieverbrauchs der EU 25 und Polens im Jahr 2004

Grafik 3: Struktur des Primärenergieverbrauchs der EU 25 und Polens im Jahr 2004 (%)

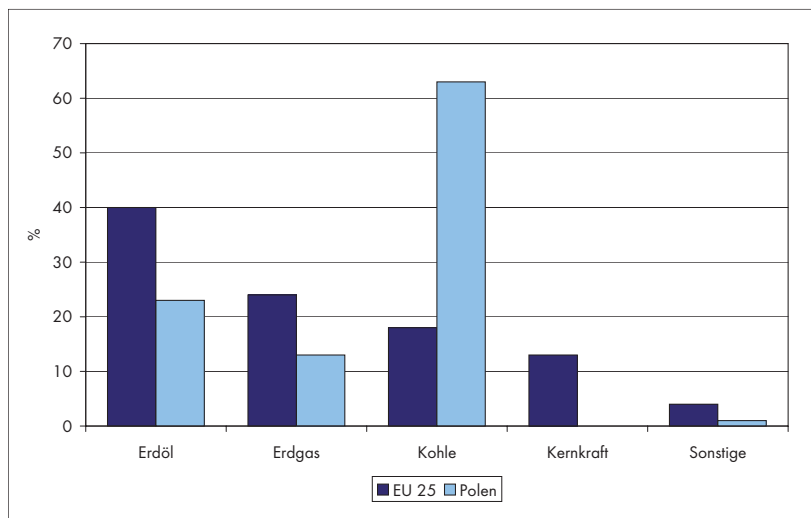


Tabelle 3: Struktur des Primärenergieverbrauchs im Jahr 2004 (%)

	Erdöl	Erdgas	Kohle	Kernkraft	Sonstige
EU 25	40	24	18	13	4
Polen	23	13	63	0	1

Anmerkung zu EU25: Die Abweichung von 100 % ergibt sich aus Rundungsdifferenzen.

Quelle: Berechnungen von Kai-Olaf Lang nach: Energie im Blickpunkt, BP Weltenergiestatistik 2005, www.deutschebp.de/liveassets/bp_internet/germany/STAGING/home_assets/assets/deutsche_bp/broschueren/de_primary_energy_section_2005.pdf

Erdöl- und Erdgaspipelines in Europa

Karte 1: Erdgaspipelines in Europa



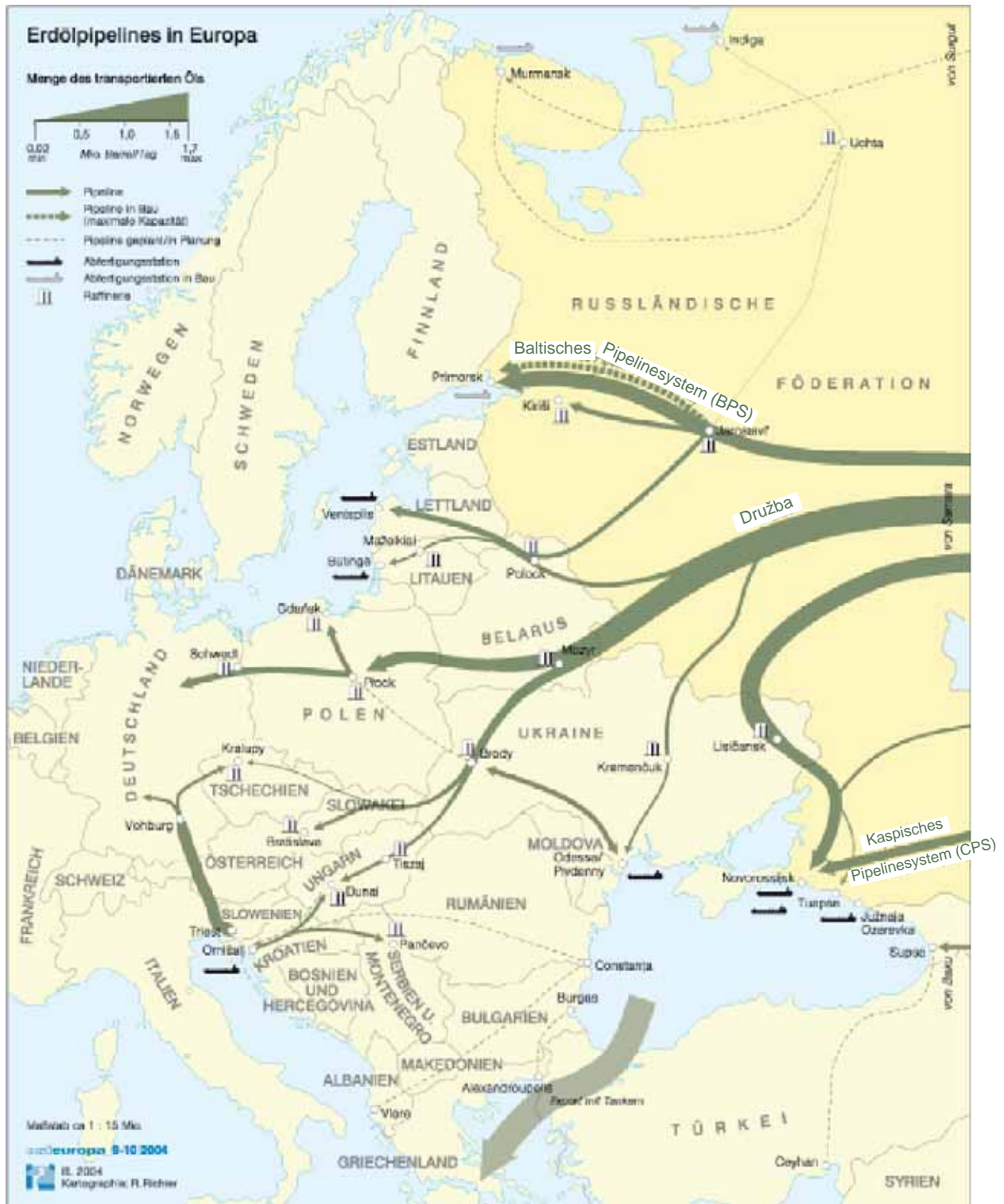
Anmerkung: Die Norddeutsche Gaspipeline wird oft als „Ostseepipeline“ bezeichnet.

Quelle: Osteuropa 9–10/2004, mit freundlicher Genehmigung.

Diese Karte kann in Kürze in besserer Auflösung von der Website der Zeitschrift Osteuropa heruntergeladen werden:

<http://osteuropa.dgo-online.org/198.0.html>

Karte 2: Erdölpipelines in Europa



Quelle: Osteuropa 9-10/2004, mit freundlicher Genehmigung.

Diese Karte kann in Kürze in besserer Auflösung von der Website der Zeitschrift Osteuropa heruntergeladen werden:

<http://osteuropa.dgo-online.org/198.0.html>

Statistik
Nettoeinfuhren und Verbrauch von Energie – 2005

	Bruttoinlandsenergieverbrauch			Nettoeinfuhren		Energieabhängigkeitsquote*, %
	Mio. tRÖE**	Veränderung 2005/2004, %	tRÖE pro Kopf	Mio. Tonnen	Veränderung 2005/2004, %	
EU25	1637,2	0,0	3,6	949,7	4,5	56,2
Belgien	52,0	-2,0	5,0	48,4	-2,7	80,7
Tschechische Republik	34,2	0,4	3,3	12,9	11,5	37,6
Dänemark	16,9	-3,9	3,1	-10,4	-6,1	-58,8
Deutschland	324,2	-1,1	3,9	212,6	-0,4	65,1
Estland	4,6	1,4	3,4	1,5	9,5	33,9
Griechenland	30,2	1,1	2,7	23,5	-4,9	70,8
Spanien	139,5	2,1	3,2	125,7	7,7	85,1
Frankreich	257,3	-0,6	4,2	141,9	-0,3	54,5
Irland	15,4	2,6	3,7	14,0	3,9	90,2
Italien	181,9	2,4	3,1	160,9	1,4	86,8
Zypern	2,2	-4,5	2,9	2,6	16,2	105,5
Lettland	3,5	7,5	1,5	3,3	-3,0	94,0
Litauen	7,8	6,3	2,3	5,0	15,3	63,1
Luxemburg	4,6	1,3	10,1	4,6	1,1	99,0
Ungarn	26,3	5,9	2,6	17,2	10,2	65,3
Malta	:	:	:	:	:	:
Niederlande	79,6	1,2	4,9	37,8	24,4	38,9
Österreich	29,2	2,4	3,6	24,1	4,9	82,6
Polen	86,2	0,7	2,3	15,9	28,1	18,4
Portugal	24,3	3,1	2,3	24,6	7,6	99,4
Slowenien	6,3	3,1	3,1	3,5	4,8	55,9
Slowakei	18,5	2,2	3,4	12,5	1,4	67,8
Finnland	27	4,9	5,2	18,7	8,9	69,3
Schweden	41,3	-3,8	4,6	19,4	-0,6	45,0
Vereinigtes Königreich	224,1	1,3	3,7	29,4	148,2	13,0

: Daten nicht verfügbar

* Energieabhängigkeitsquote = Nettoeinfuhren dividiert durch den Bruttoverbrauch in Prozent. Der Bruttoverbrauch entspricht dem Bruttoinlandsverbrauch einschließlich Bunkeröle zum Verbrauch im internationalen Schiffsverkehr. Eine negative Abhängigkeitsquote bedeutet, dass das Land Nettoexporteur von Energie ist. Es ergeben sich Werte von mehr als 100%, wenn die Nettoeinfuhren über dem Bruttoverbrauch liegen. In einem solchen Fall werden Energieerzeugnisse bevorratet und nicht im Jahr der Einfuhr verbraucht.

** Eine Tonne Rohöleinheiten (tRÖE) ist eine standardisierte Einheit, die einer Tonne Rohöl mit einem unteren Heizwert von 41,868 Gigajoules (GJ) entspricht. Es handelt sich dabei um ein gebräuchliches Maß zur Umrechnung der unterschiedlichen Brennstoffe auf der Basis ihres Energiegehalts. So entspricht beispielsweise ein GJ Kernkraft 0,024 Tonnen Rohöl, und eine Tonne hochwertiger Kohle enthält dieselbe Energie wie 0,7 Tonnen Rohöl. Kohle von geringerem Wert enthält weniger Energie.

 Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2006/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2006_MONTH_09/8-21092006-DE-AP1.PDF

Energieproduktion nach Hauptprodukt – 2005

	Energieproduktion 2005 (in Mio. tRÖE)					Prozentuale Veränderung 2005/2004				
	Ins- gesamt*	Rohöl	Gas	Kohle	Kern- energie	Ins- gesamt*	Rohöl	Gas	Kohle	Kern- energie
EU25	745,6	121,3	178,8	94,9	239,9	-4,2	-9,0	-5,8	-5,7	-1,3
Belgien	12,0	-	-	0,0	11,7	6,7	-	-	-38,9	6,9
Tschech. Rep.	21,7	0,3	0,1	5,1	6,4	-1,4	3,7	-9,5	-0,2	-6,8
Dänemark	28,5	18,5	9,4	-	-	0,7	-3,8	10,8	-	-
Deutschland	115,2	3,5	14,2	18,2	39,1	-2,8	0,2	-3,4	-3,9	-3,0
Estland	3,1	-	-	-	-	6,6	-	-	-	-
Griechenland	9,3	0,1	0,0	-	-	-3,6	-24,8	-30,8	-	-
Spanien	23,2	0,2	0,1	4,9	14,0	-13,4	-33,3	-53,7	-17,6	-9,6
Frankreich	118,9	1,7	1,1	0,2	111,4	0,2	-6,4	4,0	-36,5	0,9
Irland	1,5	-	0,5	-	-	-12,6	-	-35,8	-	-
Italien	23,0	6,6	9,8	-	-	2,7	12,4	-4,0	-	-
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	0,3	-	-	-	-	6,1	-	-	-	-
Litauen	3,0	0,3	-	-	2,7	-30,3	-14,2	1,3	-	-32,3
Luxemburg	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungarn	9,1	1,4	2,3	-	3,6	-0,9	-11,3	-3,0	-	16,1
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	60,1	2,3	56,4	-	1,0	-6,5	-21,5	-5,9	-	-3,2
Österreich	5,2	0,9	1,4	-	-	-7,6	-5,4	-16,7	-	-
Polen	72,0	0,9	3,9	54,4	-	-1,6	-2,5	-1,7	-2,1	-
Portugal	0,5	-	-	-	-	-44,8	-	-	-	-
Slowenien	2,9	-	-	-	1,4	-0,9	-	-	-	7,8
Slowakei	6,2	0,0	0,1	-	4,9	1,0	-20,0	-11,4	-	3,4
Finnland	8,4	-	-	-	5,5	9,1	-	-	-	-2,9
Schweden	24,4	-	-	-	18,1	-1,4	-	-	-	-7,4
Ver. Königreich	196,9	84,5	79,4	12,0	20,2	-9,1	-11,4	-7,7	-17,9	2,0

* Die Gesamtproduktion beinhaltet auch die Produktion von Braunkohle, Wasserkraft und sonstige Primärquellen für Strom. 0,0 wird angewendet, wenn der Wert geringer als 0,05, jedoch größer als Null ist.

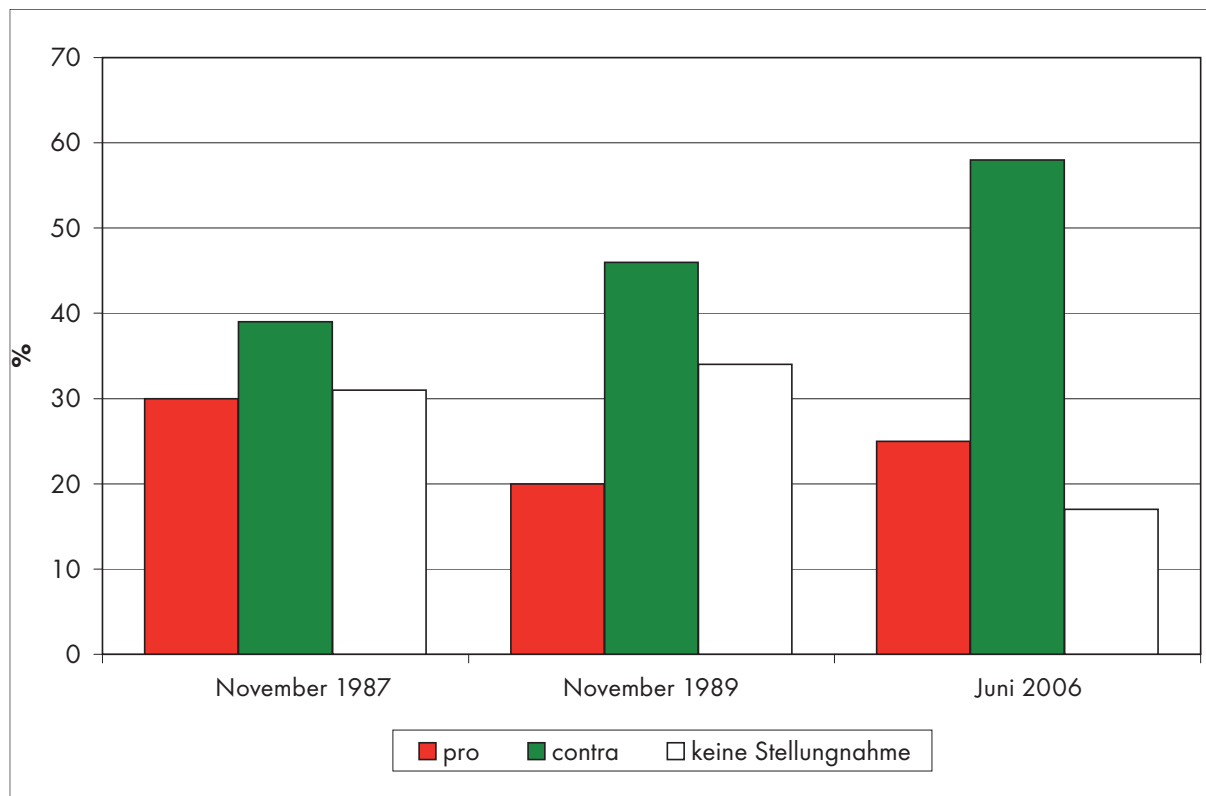
1. Öl, Erdgas, Steinkohle, Braunkohle, Kernenergie, Wasserkraft und sonstige Primärquellen für Strom. Die Zahlen in dieser Pressemitteilung basieren auf monatlichen Daten und somit sind bestimmte erneuerbare Energieträger (hauptsächlich Sonnenenergie und Biomasse außer dem in Elektrizitätswerken verwendeten Anteil) nicht enthalten. Die aktuellsten jährlichen Daten für das Jahr 2004, die alle Formen von erneuerbaren Energien beinhalten, sind auf der Eurostat-Website zu finden. Die endgültigen jährlichen Daten für das Jahr 2005 werden Mitte 2007 zur Verfügung stehen.
2. Eine Tonne Rohöleinheiten (tRÖE) ist eine standardisierte Einheit, die einer Tonne Rohöl mit einem unteren Heizwert von 41,868 Gigajoules (GJ) entspricht. Es handelt sich dabei um ein gebräuchliches Maß zur Umrechnung der unterschiedlichen Brennstoffe auf der Basis ihres Energiegehalts. So entspricht beispielsweise ein GJ Kernkraft 0,024 Tonnen Rohöl, und eine Tonne hochwertiger Kohle enthält dieselbe Energie wie 0,7 Tonnen Rohöl. Kohle von geringerem Wert enthält weniger Energie.
3. Nettoeinfuhren = Einfuhren minus Ausfuhren.
4. Energieabhängigkeitsquote = Nettoeinfuhren dividiert durch den Bruttoverbrauch in Prozent.
5. Eurostat, Statistik kurz gefasst, Umwelt und Energie, 13/2006 „Statistische Aspekte der Energiewirtschaft 2005“.
6. EU25 ohne Malta, wofür keine monatlichen Daten vorlagen.

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2006/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2006_MONTH_09/8-21092006-DE-AP1.PDF

Umfrage

Umfragen zur Atomkraft

Wären Sie für oder gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Polen? (Angaben in Prozent)



Am 26. April 1986 kam es zur Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl (heute Ukraine).

Quelle: CBOS, BS/108/2006, *Opinie o budowie elektrowni jądrowych w Polsce a zagrożenia światowym kryzysem energetycznym*, Warszawa, czerwiec 2006, <http://www.cbos.pl>

Chronik

Vom 21. November bis zum 4. Dezember 2006

21.11.2006	Bei einer Methangasexplosion in 1030 m Tiefe in der Kohlegrube „Halemba“ im oberschlesischen Ruda Śląska sterben alle 23 Bergleute, die sich in der unmittelbaren Gefahrenzone befanden.
22.11.2006	Nach der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS sind 88 % der Polen mit der Mitgliedschaft Polens in der EU zufrieden. Als Gegner bezeichnen sich 6 % der Befragten.
23.11.2006	Polen hält sein Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland weiterhin aufrecht. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki kann daher keine Aufnahme dieser Verhandlungen beschlossen werden.
23.11.2006	Staatspräsident Lech Kaczyński verhängt eine dreitägige Staatstrauer anlässlich des Grubenunglücks in Ruda Śląska.

24.11.2006	Der Vorsitzende der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, teilt auf der Pressekonferenz beim EU-Gipfel in Helsinki mit, er habe an den russischen Präsidenten Wladimir Putin appelliert, das russische Einfuhrverbot für polnische Lebensmittel aufzuheben. Dieses war einer der Gründe für das polnische Veto.
26.11.2006	In den Fällen, in denen bei Kommunalwahlen am 12.11.2006 Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten keine absolute Mehrheit erzielten, finden Stichwahlen statt. Die Wahlbeteiligung liegt nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission bei 39,69 %. Starke Beachtung erfuhr der Wahlkampf in Warschau zwischen dem gegenwärtigen Stadtpräsidenten und ehemaligen Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz („Recht und Gerechtigkeit“ / Prawo i Sprawiedliwość / PiS) und der Kandidatin der „Bürgerplattform“ (Platforma Obywatelska / PO) und ehemaligen Präsidentin der Polnischen Nationalbank, Hanna Gronkiewicz-Waltz.
27.11.2006	Hanna Gronkiewicz-Waltz wurde mit 53,3 % der Stimmen gegenüber 46,7 % für Kazimierz Marcinkiewicz zur Stadtpräsidentin von Warschau gewählt, teilt die Staatliche Wahlkommission nach der noch nicht vollständigen Stimmenauszählung mit. Die Wahl der Stadtpräsidenten in 18 Großstädten ergibt folgende Ergebnisse: In sechs Städten siegten die Kandidaten der PO, in zwei Städten die der PiS, in vier Städten die des Bündnisses „Linke und Demokraten“ (Lewica i Demokraci), in sechs Städten wurden unabhängige Kandidaten gewählt.
27.11.2006	Staatspräsident Lech Kaczyński unterschreibt eine Novellierung des Strafgesetzbuches, die die Einführung von sog. 24-Stunden-Gerichten beinhaltet, d.h. beschleunigte Gerichtsverfahren bei Rowdytum.
28.11.2006	Auf dem NATO-Gipfel in Riga unterstreicht Staatspräsident Lech Kaczyński, dass Polen für den schnellen Beitritt der Ukraine und Georgiens in die NATO sei. Er teilt mit, es wäre eine gute Lösung, wenn in die Schlusserklärung des Gipfels ein Passus zur Energiesicherheit aufgenommen würde. Damit bezieht er sich auf den amerikanischen Senator Richard Lugar, der die NATO aufgerufen hatte, sich auch in den Fällen zu engagieren, wenn Nicht-NATO-Staaten gegen NATO-Bündnispartner Energielieferungen als politische Waffe einsetzen würden, wie dies Russland im Fall der Ukraine getan habe.
29.11.2006	Die Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Leitung der Polnischen Post scheitern in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch. Es wurden keine neuen Gesprächstermine vereinbart. Bei den mehrtägigen Verhandlungen ging es um höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen für die Postmitarbeiter. Begleitet wurden sie von mehrtägigen Streiks und Protestaktionen der Postangestellten in verschiedenen Regionen Polens.
01.12.2006	Anlässlich des Welt-Aids-Tags informiert die Direktorin des Landes-Aids-Zentrums (Krajowe Centrum ds. AIDS), dass in Polen derzeit über 10.400 Personen als HIV-infiziert registriert sind. Die Zahl der Infizierten wird aber bedeutend höher, auf 30.000, geschätzt. Jährlich werden in Polen ca. 660 neue Fälle von HIV-Infektionen festgestellt.
02.12.2006	In einem Interview der deutschen Zeitschrift „Focus“ mit Staatspräsident Lech Kaczyński für die Ausgabe am 04.12.2006, das der Polnischen Presseagentur PAP (Polska Agencja Prasowa) vorliegt, äußert sich Lech Kaczyński zu den deutsch-polnischen Beziehungen: Polen sei nicht antideutsch. Es sei nur unrealistisch, von Polen zu verlangen, es solle Ideen gutheißen, die gegen die polnischen Interessen gerichtet seien, wie z.B. die Ostseepipeline oder das Zentrum gegen Vertreibungen, denn das würde bedeuten, dass nur diejenige Regierung nicht antideutsch sei, die in Polen deutsche Interessen repräsentiere.
03.12.2006	Der ehemalige Außenminister Bronisław Geremek, Abgeordneter im Europäischen Parlament, erhält in Hamburg den „Marion Gräfin Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung“.
04.12.2006	Der Axel-Springer-Verlag hat den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung am polnischen Fernsehunternehmen Polsat unterschrieben. Für einen Anteil von 25,1 % an dem Privatsender hat der deutsche Pressekonzern 250 Mio. Euro gezahlt.

Lesehinweis
Aufsätze mit Bezug zu Polen finden Sie in der aktuellen Nummer der Zeitschrift Osteuropa 10/2006:
Kai-Olaf Lang
Anatomie einer Zurückhaltung
Deutschland und die Visegrád-Gruppe

Obwohl Deutschland sich für den Beitritt Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei zur NATO und EU stark gemacht hatte, gibt es bis heute keine spezifische deutsche Visegrád-Politik. Verantwortlich dafür ist, dass die Erweiterung Vorrang vor einer genuinen „Mitteleuropapolitik“ hatte. Eine solche wäre in Ost und West auf historisch begründetes Misstrauen gestoßen. Bilaterale Beziehungen genießen Priorität. Die schwachen Beziehungen zur Visegrád-Gruppe resultieren nicht zuletzt aus den strukturellen, historischen und politischen Unterschieden zwischen Polen und den „kleineren Ländern“, die verhindern, dass die Visegrád-Gruppe ein attraktives Kooperationsforum bilden würde. Doch um die Handlungsfähigkeit in der EU zu steigern, wäre es ratsam, Visegrád mehr Substanz zu verleihen und die Kooperation mit der Gruppe zu verstärken.

Jiří Vykoukal
Kernschmelze oder Kernspaltung?
Mitteleuropakonzepte und regionale Integration

Mitteleuropa klingt nach Verheißung. Der Begriff verspricht kulturelle Vielfalt und politische Einheit. Tatsächlich ist es genau umgekehrt. Die politischen Mitteleuropakonzepte, die seit dem 19. Jahrhundert entwickelt wurden, sollten alle nationalen Zielen dienen. Selbst in Krisenzeiten wurden sie nie verwirklicht. Die Idee, dass Mitteleuropa eine kulturelle Einheit bilde, die sich deutlich von Osteuropa unterscheide, entwickelte hingegen in den 1980er Jahren eine große Sprengkraft für das sowjetische Herrschaftssystem. Seit dessen Zerfall leidet die Visegrád-Gruppe allerdings unter mangelnder Kohäsionskraft, da die regionale Kooperation in keinem der vier Staaten überzeugend in eine Traditionslinie gerückt werden kann und es ihr so an historischer Legitimation mangelt.

Jan Růžička, Michal Kořan
Totgesagte leben länger
Die Visegrád-Gruppe nach dem EU-Beitritt

Das Visegrád-Projekt lebt. Oft wurde die regionale Kooperation in Ostmitteleuropa in den vergangenen fünfzehn Jahren abgeschrieben und zuletzt nach dem EU-Beitritt der vier Staaten 2004 für tot erklärt. Zwar ist die Kooperation kaum institutionalisiert. Doch Ministerien und Behörden versuchen in vielen Politikfeldern gemeinsame Positionen abzustimmen. Vor allem arbeiten sie gemeinsam an einer Einbindung der Ukraine und des Westbalkans in die EU. Seit 2000 verfügt die Gruppe mit dem Internationalen Visegrád-Fonds sogar über einen eigenen kleinen Etat.

Jacques Rupnik, Anne Bazin
Vorwärts zurück
Deutschland, Polen, Tschechien

Mit Polens und Tschechiens EU-Beitritt 2004 schien der Weg frei für eine endgültige Aussöhnung mit den Deutschen und für eine fruchtbare Zusammenarbeit in Europa. Doch Reformmüdigkeit und die Regierungsbeteiligung populistischer, nationalistischer und euroskeptischer Gruppierungen in Ostmitteleuropa haben dazu geführt, dass nach einer Phase der Annäherung die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn stagnieren oder sich, wie im Falle Polens, abkühlen. Historische Streitfragen sowie Differenzen über das Verhältnis zu den USA und zu Russland und über die Zukunft Europas belasten die bilateralen Beziehungen und gefährden die Fortführung der europäischen Integration.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt und der Bremer Forschungsstelle Osteuropa mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Ab 2007 wird sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum bemühen, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, wird die Forschungsstelle ab Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“ leiten, welches von der VolkswagenStiftung finanziert werden wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

© 2006 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de